

# Die Kontrollinstrumente sind deutlich schwächer geworden

Widersteht das politische System der Vereinigten Staaten den Machtambitionen von Donald Trump? Gespräch mit dem Politologen Stephan Bierling

**Schon vor dem Amtsantritt haben sich Donald Trump viele in vorauseilendem Gehorsam unterworfen. Kann das politische System seinen Durchmarsch nicht aufhalten?**

Die Verfassungsväter haben die amerikanische Verfassung 1787 im Prinzip ganz auf Trump hingeschrieben und viele Sicherheitsmechanismen eingebaut, um einen gewählten Monarchen im Amt zu verhindern. Traditionelle Gegengewichte gegen präsidentiale Machtusurpation wie der Kongress, die Justiz und der Föderalismus wirken gegen Trump aber nicht mehr zuverlässig. Auch Medien und Verwaltung sind als Kontrollinstrumente sehr viel schwächer geworden.

**Der Kongress hat in Trumps erster Amtszeit viele seiner Pläne vereitelt. Warum sollte das diesmal anders sein?**

Zum einen dominiert Trump die Republikanische Partei wie kein Präsident vor ihm. Es gibt in der Partei keine einzige Stimme mehr, die es wagen würde, sich ihm zu widersetzen. Erinnern wir uns daran, dass John McCain in seiner ersten Amtszeit maßgeblich daran beteiligt war zu verhindern, dass Trump die Gesundheitsreform von Obama abschaffte. Die parteipolitische Polarisierung ist heute so stark wie zu keinem anderen Zeitpunkt der amerikanischen Geschichte. Es herrscht eine große Fraktionsdisziplin, und die Republikaner haben die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses.

**Können die Demokraten Gesetze nicht durch das Filibustern im Senat aufhalten, also die Übereinkunft, dass Senatsdebatten erst dann beendet sind, wenn sechzig der hundert Senatoren dafür stimmen?**

Die Demokraten können den Filibuster nutzen, um Trump in bestimmten Fragen die Gefolgschaft zu verweigern. Es gibt aber Möglichkeiten, ihn zu umgehen. Haushaltsgesetze können etwa durch einfache Mehrheit beschlossen werden. Das erlaubt es Trump, große Gesetzespakete zu schnüren, die keine Sechzig-Stimmen-Mehrheit brauchen, solange sie ökonomisch begründet werden. So lassen sich beispielsweise Steuererleichterungen durchsetzen. Auch bei der Ernennung der Verfassungsrichter ist der Filibuster abgeschafft. Das könnte Trump nutzen, um

ausscheidende Richter frühzeitig zu ersetzen, und sein Vermächtnis so über Jahrzehnte weitertragen.

**Der Supreme Court ist eine der zentralen Instanzen bei der Auslegung und Begrenzung der präsidentialen Macht. Fällt er als Gegengewicht aus, weil er mehrheitlich mit von Republikanern ernannten Richtern besetzt ist?**

Er wird wohl nicht völlig ausfallen. Auch im Kongress wird es Widerstände geben. Wir dürfen nicht denken, dass die Demokratie nach dem zweiten Wahlsieg von Trump schon am Ende ist. Die Checks and Balances werden aber sehr viel eingeschränkter sein, das gilt auch für die Gerichte, besonders den Supreme Court. Die größte Gefahr für die amerikanische Demokratie ist die Ausweitung der präsidentiellen Vollmachten. Diese hat der Supreme Court in den letzten Jahren gerade in Fragen der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik immer weiter ausgelegt, am weitesten vielleicht im vergangenen Jahr, als er dem Präsidenten Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung nach seiner Amtszeit für alle seine Amtshandlungen garantierte. Das ist gerade bei einem Präsidenten wie Trump, der sein Amt bis an die äußersten Grenzen auslotet, eine sehr weitgehende Regelung.

**Trump will die Zentralregierung verschlanken. Beschneidet er damit nicht seine eigene Macht auf Kosten der Bundesstaaten?**

Die Beschneidung der präsidentialen Macht und die Rückverlagerung von Kompetenzen an die Einzelstaaten gelten seit Ronald Reagan als republikanische Lehre, die in der Praxis aber oft folgenlos bleibt. Die Verfassungsväter wollten über den Föderalismus die Zentralmacht einhegen, doch auch das funktioniert in diesen parteipolitisch polarisierten Zeiten nicht mehr. Fast alle Bundesstaaten werden heute von einheitlichen parteipolitischen Konstellationen dominiert. Es gibt gerade noch sechs parteipolitisch gespaltene Bundesstaaten, die beim täglichen Regieren auf Ausgleich und Kompromiss setzen müssen. Die republikanisch dominierten Staaten werden Trumps Vorgaben eins zu eins umsetzen. Die weltanschauliche Eigenständigkeit von lokalen Parteiorganisationen, die es in

den Achtziger- und Neunzigerjahren noch gab, ist völlig verschwunden.

**Gibt es keine Abstufungen zwischen den einzelnen Bundesstaaten?**

Es gibt in den republikanisch geführten Bundesstaaten höchstens noch den Unterschied zwischen radikal und ultraradikal. In den Achtzigerjahren war ein Republikaner aus dem liberalen Massachusetts meist noch linker als ein Demokrat aus dem konservativen Texas. Heute haben die Parteien eindeutige und verbindliche Profile, und das Parteiprogramm der Republikaner heißt Trump. Sich ihm zu widersetzen ist das Todesurteil für jede politische Karriere. Damit ist der Föderalismus kein ausgleichender Faktor mehr. Sie werden in einem demokratisch regierten Staat wie Kalifornien oder New York nicht viel mitbekommen von den dramatischen Veränderungen in Washington und den republikanischen Staaten, weil dort ganz andere Maßstäbe gelten. Die Amerikaner leben heute in zwei Realitäten.

**Schon in seiner ersten Amtszeit hat Trump der Verwaltung, von der er sich oft blockiert fühlte, den Kampf angesagt. Unter seinen Anhängern ist die Unitary Executive Theory beliebt, die dem Präsidenten unter anderem die Macht gäbe, politische Beamte nach Belieben zu ersetzen. Lässt sich das so einfach durchsetzen?**

Die Verwaltung arbeitet langsam nach Recht und Regeln und hindert Trump da-



Stephan Bierling

Foto Stefan Obermeier

ran, per Anordnung schnell durchzuführen. Es dauert oft mehr als ein Jahr, bis eine Anordnung in Kraft tritt. Deshalb hasst Trump die Verwaltung. Die Unitary Executive Theory geht davon aus, dass die Verfassung dem Präsidenten die alleinige Exekutivmacht übertragen hat. Inzwischen hat sich der Verwaltungsapparat aber deutlich vergrößert. Neue Posten sind hinzugekommen, die der Präsident zwar nominiert, die aber keinen genuin politischen Charakter haben wie der FBI-Direktor. Es war beispielsweise Usus, dass ein Präsident einen durch seinen Amtsvorgänger eingesetzten FBI-Direktor nicht einfach abberuft. Nach der Unitary Executive Theory sollen diese eingespielten Formen der Machtaufteilung nicht bleiben. Alle Entscheidungsmacht liegt beim Präsidenten.

**Das ist die Theorie. Aber wie will Trump das Recht durchsetzen, den Beamtenapparat mehr oder weniger nach Belieben mit eigenen Leuten aufzufüllen?**

Schon am Ende seiner letzten Amtszeit hat er per Verordnung mit der sogenannten Schedule F eine neue Kategorie politischer Beamter eingeführt, die viel leichter gefeuert und versetzt werden können. Er hatte dann aber nicht mehr die Zeit, dies umzusetzen. Biden hat die Verordnung sofort wieder zurückgenommen, eine der ersten Amtshandlungen von Trump dürfte ihre Wiedereinführung sein. Er könnte dann reihenweise Beamte umgruppieren und vielleicht auch feuern. Schon die Androhung zeigt übrigens Wirkung. Der FBI-Direktor ist bereits zurückgetreten, um dem Kampf mit Trump aus dem Weg zu gehen.

**Kann man nicht juristisch gegen die Schedule F vorgehen und Trump im Erfolgsfall mittellos machen beim Umbau des Beamtenapparats?**

Tatsächlich bereiten sich die Demokraten systematisch auf Gerichtsverfahren gegen umstrittene Direktiven vor. Die meisten Verfahren landen nicht vor dem Supreme Court, und zunächst sind die Bezirksgerichte zuständig. Dort wird Trump mit seiner Mehrheit im Senat einen ihm wohlgesinnten Richter nach dem anderen ernennen, was er auch schon in seiner ersten Amtszeit getan hat. Im Grunde macht das jeder Präsi-

dent, aber es herrschte immer der Konsens, dass es sich um qualifizierte Richter handeln muss. Mittlerweile wählen beide politische Lager nur noch Parteigänger der eigenen Sache. Es kommt also ganz darauf an, vor welchem Bezirksgericht die Klage landet. Die parteipolitische Polarisierung gelangt damit auch in die Justiz.

**Kann die Schedule F nicht im Ganzen zu Fall gebracht werden?**

Es gibt in den Vereinigten Staaten keine Grundsatzurteile, sondern nur Präzedenzfälle. Zunächst landen die Klagen bei den Bezirks- und Berufungsrichtern. Die Frage ist dann, ob sich der Supreme Court der Sache annimmt. Es kann in der Tat ein längerer Prozess werden, bei dem man sich auf völlig neuem Terrain bewegt. Die Schedule F ist juristisch noch nicht durchdekliniert worden. Konservative Richter werden wohl im Sinn der präsidentiellen Vollmacht entscheiden, progressive Richter den Beamtenapparat schützen. Vieles entscheidet sich in der Praxis, die amerikanische Politik ist viel weniger geregelt als die deutsche. Das spielt Trump bei seinem Versuch, die Grenzen des Systems auszutesten, in die Karten, zumal er die politische Dynamik auf seiner Seite hat.

**Die Heritage Foundation hat in ihrem Project-2025-Manifest Leitlinien einer konservativen Politik und eine Liste von Gefolgsleuten vorgelegt, mit denen Trump seine Politik umsetzen kann. Wird seine Politik damit ideologisch kohärenter und weniger sprunghaft als in der ersten Amtszeit?**

Die Frage ist, ob es eine kohärente Philosophie des Trumpismus überhaupt gibt. Die erste und letzte Instanz des Trumpismus ist Trump selbst. Dinge, die ihm heute zentral scheinen, können morgen schon zur Nebensache werden. Seine Politik wird aber auf jeden Fall effizienter umgesetzt werden.

**Ist die Konstante nicht ein gesellschaftspolitischer Konservatismus, gepaart mit einem national geprägten wirtschaftspolitischen Libertarismus, der ihn auch für Wirtschaftsführer wie Elon Musk und Peter Thiel attraktiv gemacht hat?**

Ja und nein. Als Anführer der MAGA-Bewegung ist Trump beispielsweise ein absoluter Gegner von Immigration. Das unterscheidet ihn von Elon Musk, der Visa für Hochqualifizierte befürwortet und deshalb von Steve Bannon als Verräter attackiert wurde. Worauf man sich verlassen kann, ist sein Instinkt für Stimmungen. Nehmen Sie beispielsweise die Abtreibungsfrage, in der er sich zuletzt von seinem harten Ablehnungskurs der ersten Amtszeit entfernt hat. Im Wahlkampf hatte er entdeckt, dass republikanische Frauen kritisch auf Abtreibungsverbote in manchen Bundesstaaten reagierten. Plötzlich war ihm die Abtreibung nicht mehr so wichtig. Es ist gewiss kein Zufall, dass seine Frau Melania in ihren kürzlich vorgelegten Memoiren eine liberale Position in der Abtreibungsfrage bezieht. Das war eine politische Botschaft, die ihre Wirkung nicht verfehlte. Am Ende spielte die Abtreibungsfrage bei der Wahl eine sehr viel geringere Rolle, als sich die Demokraten erhofft hatten.

**Ist die Bereitschaft zu gemäßigten Positionen in der Bevölkerung größer, als die parteipolitische Polarisierung vermuten lässt?**

Die Polarisierung ist von den Politikern in die Öffentlichkeit getragen worden, um Wähler zu mobilisieren. Wenn wir den Umfragen glauben, sind die Amerikaner nicht so polarisiert, wie uns die Politiker glauben machen wollen. Langfristig befinden sich die Vereinigten Staaten auf einem Liberalisierungspfad. Beispielsweise sehen heute weit mehr als achtzig Prozent der Demokraten und weit mehr als die Hälfte der Republikaner in der Homo-Ehe kein Problem mehr. Dieser Pfad in eine liberalere Gesellschaft wird durch Trump nur unterbrochen. Die Demokraten haben ihm den Erfolg durch überzogene Standpunkte auf dem Silbertablett serviert. Ich sehe in Trump kein Zeichen einer Kulturwende, sondern eher ein retardierendes Element.

Das Gespräch führte **Thomas Thiel**.

**Stephan Bierling** ist Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg. Sein Buch „Die unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie“ erschien 2024 bei C.H. Beck.